

AM 23. FEBRUAR DEMOKRATISCH WÄHLEN!

WAHL
2025



... UND AM 15. MÄRZ
AUF DIE STRASSE GEHEN
Köln, Leipzig, Hannover,
Frankfurt, Stuttgart
5 vor 12 bis 14 Uhr

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Wir entscheiden mit, wie es in unserem Land weitergehen wird. Für die deutsche Industrie geht es um die Zukunft. Für uns geht es um unsere Arbeitsplätze, um die Regionen und um einen starken Sozialstaat. Einen, der Brücken baut, damit niemand unter die Räder kommt. Welche Probleme die neue Bundesregierung dringend lösen muss – und was die IG Metall jetzt von der Politik und den Unternehmen fordert, stellen wir hier vor.

1

BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND GUTE ARBEIT STÄRKEN!

Die IG Metall will Arbeitsplätze sichern – Schluss mit Standortverlagerungen, Werksschließungen und Personalabbau! Das erste Ziel sind zukunftsfeste Arbeitsplätze. Deswegen fordern wir eine aktive und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik, die für Sicherheit sorgt. Dabei ist besonders die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten wichtig. Gibt es keine Perspektive im Ursprungsbetrieb, müssen Brücken in neue, gute Arbeit gebaut werden. Bei Arbeitslosigkeit muss die Arbeitslosenversicherung wieder das Sicherungssystem werden.

2

ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

Ohne entschlossene Maßnahmen droht der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien dient neben dem Klimaschutz auch dem Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit. Und er reduziert die Importabhängigkeit Deutschlands. Dazu brauchen wir neben dem massiven Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien auch eine flächendeckende Wasserstoffinfrastruktur. Das ist eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende. Zur kurzfristigen Absicherung brauchen wir eine befristete Deckelung des Industriestrompreises für energieintensive Branchen.

3

ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM STANDORT DEUTSCHLAND

Der Marktanteil elektrifizierter Fahrzeuge in der Welt steigt stetig an, der Anteil der Verbrennerfahrzeuge sinkt. E-Mobilität ist und bleibt daher eine Zukunftsfrage. Gegen den Druck aus anderen Ländern brauchen wir einen starken Binnenmarkt, damit unsere Betriebe bei dieser Zukunftstechnologie weiter vorn mitspielen können. Deshalb: Schluss mit dem Zick-Zack-Kurs der Politik! Hersteller und Zulieferer haben Milliarden investiert – die Politik muss klare Rahmenbedingungen schaffen, eine stabile Infrastruktur aufbauen und neue Wertschöpfung ansiedeln.

4

FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK

Deutschland investiert zu wenig in Infrastruktur. Studien belegen einen Mehrbedarf von bis zu 60 Mrd. Euro jährlich. Marode Brücken, verspätete Züge, hohe Energiepreise, steigende Mieten und zu wenig Wohnungen bremsen an allen Stellen eine gesunde Entwicklung aus. Bund und Länder brauchen ausreichend Mittel, Planungskompetenz und entschlossene Reformen. Überschuldete Kommunen müssen entlastet werden.

5

FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG

Deutschland braucht eine grundlegende Reform der Schuldenbremse. Denn wenn man Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz und Bildung wegen der Schuldenbremse „in die Zukunft“ verschiebt, baut man erst recht Schulden für die nachfolgenden Generationen auf: Je länger man alles aufschiebt, desto teurer wird es am Ende. Zur Finanzierung haben wir konkrete Vorschläge: (Wieder-Einführung einer Vermögenssteuer, Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine reformierte Gewerbesteuer.

6

GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT

Viele Beschäftigte machen sich Sorgen, ob ihre Rente im Alter reichen wird. Für private Vorsorge ist kein Geld da oder sie schließt die Lücken nicht. Wir fordern einen Kurswechsel mit einer stabilen, gestärkten gesetzlichen Rente und langfristig höherem Rentenniveau (53 Prozent). Ein höheres Rentenalter lehnen wir ab. Eine solidarische Erwerbstätigenversicherung, höhere Bundeszuschüsse und die faire Finanzierung versicherungsfremder Leistungen sind nötig. Auch Arbeitgeber müssen mehr zur betrieblichen Altersversorgung beitragen. Denn gute Renten müssen solidarisch finanziert werden – mit flexiblen Übergängen in den Ruhestand statt „arbeiten bis zum Umfallen“ für alle.

7

FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Digitalisierung, KI (AI) und veränderte Tätigkeiten erfordern, dass Mitbestimmungsrechte erweitert werden: Wir brauchen mehr Rechte bei der Standort- und Beschäftigungssicherung, bei der Qualifizierung und ein digitales Zugangsrecht. Auch Verhandlungen über den sogenannten Interessenausgleich müssen erzwingbar werden. Wir fordern, dass Angriffe auf Mitbestimmung streng als Officialdelikte geahndet werden. Denn Demokratie am Arbeitsplatz prägt auch die gesellschaftliche Demokratie. Außerdem müssen SE-Tricks und das Doppelstimmrecht im Aufsichtsrat gestoppt sowie Konzernbeschäftigte endlich mitgezählt werden.

8

FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE UND MEHR TARIFBINDUNG

Die verfassungsrechtlich garantierte Tarifaufonomie sichert Beschäftigten eine faire Teilhabe am Wohlstand. Doch nur für rund 50 Prozent der Beschäftigten gelten überhaupt noch Tarifverträge. Ein Bundestarifreugesetz ist überfällig und öffentliche Aufträge und Fördermittel dürfen nur an tarifgebundene Betriebe gehen. Auch Innungen sollen ihrer Aufgabe nachkommen und Tarifverträge abschließen. Tariffucht durch Umstrukturierungen muss gestoppt werden. Zudem sind jegliche Schwächungen der Tarifaufonomie zu bekämpfen.

Denn ohne starke Gewerkschaften – und im Zweifel auch Arbeitskämpfe – kann es keine starke Tarifpolitik geben.

WEIL**DAS JETZT****ZÄHLT.**